

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 30.10.2014.

Als Nachfolgerin von Vladimir Zizka, der aus beruflichen Gründen sein Ratsmandat niedergelegt hatte, wurde Angelika Wien-Mroß (SPD) als Ratsfrau vereidigt.

Gegen BÜ 90 und Linke setzte der Rat einen Antrag der Linken zu TTIP ab, nachdem am Vortag zwei Bürgeranträge im Anregungs- und Beschwerdeausschuss eingereicht worden waren, die nun bei der Antragsberatung in einer der nächsten Ratssitzungen berücksichtigt werden sollen.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der CDU teilte die Verwaltung mit, dass innerhalb der vergangenen 12 Monate 15 **Infostände mit muslimischen Inhalten** genehmigt wurden, wobei sich die Genehmigung an verkehrlichen Aspekten orientiert. Es erfolgt eine enge Abstimmung mit der Abteilung Staatsschutz im Polizeipräsidium. Es haben sich bisher keine strafrechtlich relevanten Verhalte ergeben. Die Verwaltung setzt weiterhin auf Präventionsarbeit. Der Kriminalpräventive Rat hat eine Fachgruppe Extremismus eingerichtet, die sich auf mit den Neosalafismus beschäftigt. Die Verwaltung berichtete über das Projekt Wegweiser als Aussteigerprogramm für radikalisierte Jugendliche mit einer Beratungsstelle in der Bachstraße und beschrieb das 2011 gestartete Projekt „MuslimOpenMind“, das die gesellschaftliche Öffnung der Moscheen und die Bildung von Kooperationen zum Ziel hat.

Mit der **Situation der Hebammen** beschäftigte sich eine Anfrage der SPD. Die Verwaltung gab bekannt, dass die Geburtenzahlen in den Jahren 2009 bis 2013 zwischen 5655 und 6108 betrugen, außerklinisch wurden 2 bis 2,9 % der Kinder entbunden. Es besteht ein Wahlrecht hinsichtlich Klinik, Hausgeburt und Geburtshaus. Informationen hierzu gibt es im Gesundheitsamt und im Gleichstellungsbüro. Derzeit habe 167 Hebammen ihre freiberufliche Tätigkeit angezeigt, es wird nicht erhoben, wie sich diese Zahlen in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Zu Engpässen kann es kommen, wenn sich Frauen erst ein oder zwei Monate vor dem Geburtstermin bei Hebammen melden.

Im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage der CDU zum Stand der **Gespräche mit der Deutschen Bahn wegen des Bahnlärms** teilte die Verwaltung mit, dass der Oberbürgermeister am 18.12. ein Spitzengespräch mit der Bahn vereinbart hat sowie einen jährlichen Jour-Fix mit dem Konzernbeauftragten für NRW. Die Verwaltung schilderte weitere Aktivitäten, die sie in überregionalen Gremien unternommen hat. Bisher wurden noch keine exemplarischen Lärmmessungen durchgeführt. Stichprobenartige Messungen liefern keine nachhaltigen Ergebnisse. Das Eisenbahnbundesamt hat für Ende 2014 Berechnungsergebnisse zur Lärmkartierung des bundesweiten Schienennetzes angekündigt. Zurzeit wird die schalltechnische Untersuchung zur Lärmsanierung des Abschnitts Rath von der DB ProjektBau bearbeitet.

Aufgrund einer Anfrage der Ratsgruppe Tierschutzpartei/Freie Wähler teilte die Verwaltung mit, dass die **Anzahl verbaler Beleidigungen gegen Mitarbeiter des OSD** stetig ansteigt während die Anzahl körperlicher Übergriffe sich kaum verändert.

Anträge der Fraktionen

Einstimmig beauftragte der Rat (bei 2 Enthaltungen) auf Antrag der CDU die Verwaltung, ein **Konzept für die Neupositionierung der Brunnen**, insbesondere für den Goldfinder- und den Salinenbrunnen, zu präsentieren, und Auskunft zu geben, wo diese Brunnen gelagert werden, ob sie restauriert wurden und wo sie in Zukunft aufgestellt werden sollen.

Der Antrag der Linken, die Verwaltung aufzufordern, Kontakt mit dem Energiekonzern EnBW aufzunehmen mit dem Ziel, die Bedingungen für einen **Rückkauf der Anteile an den Stadtwerken** in Erfahrung zu bringen, wurde abgelehnt.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm einen Bericht über die Variantenprüfungen und des runden Tisches hinsichtlich der **Stadtbahn U81**, 1. Bauabschnitt Freiligrathplatz-Flughafen Terminal zur Kenntnis. Er beauftragte nach geheimer Abstimmung (48 ja, 34 nein, 1 Enthaltung) die Verwaltung, die Planung der Variante Brücke/Oberfläche/Tunnel fortzuführen, eine Kostenberechnung zu erstellen sowie ein Planfeststellungsverfahren einzuleiten. Die Trasse hat vom Freiligrathplatz bis Flughafen Terminal eine Länge von 1,9 km. Sie schließt nördlich der bestehenden Haltestelle Freiligrathplatz niveaugleich an die Bestandsgleise der U79 von und nach Duisburg an. Ab hier wird die Trasse mit einem Rampenbauwerk auf eine Brücke in Hochlage geführt und überquert dann die Danziger Straße, die Verteilerebene des Nordsterns, die Rampen im Bereich der A44/B8 und die A 44. Hier schließt eine Rampe an, um ins Straßenniveau der Flughafenstraße herunter zu führen. Am westlichen Ende des Gewerbeparks Airport City wird die Trasse in die Ebene -1 und dann unterhalb des geplanten Terminal D geführt. Angrenzend an das Hotel und Congress Center wird der neue U-Bahnhof Flughafen Terminal angeordnet und bildet den Abschluss des 1. Bauabschnitts. Die Nettokosten werden mit 128,4 Mio kalkuliert, Eigenanteil der Stadt 41,5 Mio. Alternativ war eine Tunnellösung untersucht worden, Kosten 156 Mio Euro, Eigenanteil der Stadt 50,4 Mio Euro. Das Land hat nach Rücksprache mit dem Bund mitgeteilt, dass eine Förderung nur für die wirtschaftlichste Variante erfolgen kann. In der Diskussion sprach sich die CDU für die Tunnelvariante aus, die Linke votierte gegen die U81 in Gänze. Auf Antrag der CDU wurde geheim abgestimmt.

Über Änderungsanträge (Linke: alle weiteren Planungen zur U 81 einstellen, CDU: Gesamttunnel) wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Der Rat beauftragte die Verwaltung, das am 26.4.2012 beschlossene **Straßenbahn- und Stadtbahnnetz** zunächst für die Dauer von 12 Monaten nach Inbetriebnahme der Wehrhahn-Linie in einigen Punkten zu ändern:

Die U71 wird ab Uhlandstraße in einen Nord-Ast zur Heinrichstraße und einen Ost-Ast zum Gerresheimer Krankenhaus geteilt, die jeweils alle 20 Minuten im Wechsel bedient werden (Y-Lösung) (gegen CDU, AfD).

Die 708 fährt weiter montags – freitags in der Zeit von 6 bis 22 Uhr im 20-Minuten-Takt zwischen Heinrichstraße, Hauptbahnhof und Polizeipräsidium (Enthaltung Linke). Auf Antrag von SPD, BÜ 90, FDP soll der Abschnitt zwischen Hauptbahnhof und Polizeipräsidium I hinsichtlich der Anzahl der Fahrten insgesamt auf heutigem Niveau bleiben (gegen CDU, Linke).

Nach 9 Monaten soll eine externe Evaluation erfolgen, um 3 Monate vor Ablauf des Probebetriebes über das zukünftige Netz zu beschließen. Auf Antrag von SPD, BÜ 90, FDP sollen schnellstmöglich alle Möglichkeiten zur Beschleunigung der Bahnen auf der Strecke Uhlandstraße-Heinrichstraße identifiziert und umgesetzt werden. Die Details sowie die vorgesehene Taktlage und die Anpassung in Schwachverkehrszeiten sollen Mitte 2015 dem Ordnungs- und Verkehrsausschuss vorgestellt werden (4 Enthaltungen).

Der Rat stellte einstimmig überplanmäßig 257.000 Euro für 2014 und überplanmäßige Bestell- und Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 3.295.000 Euro mit Kassenswirksamkeit 2015 zur Umsetzung des ersten Schritts zum **Wiederaufbau des öffentlichen Grüns nach Sturm „Ela“** zur Verfügung. Die Deckung erfolgt aus den zugesagten Finanzhilfen des Landes NRW. Die Maßnahmen umfassen Baumgutachten, Baumkataster und Parkpflegewerke für den Hofgarten und Rheinpark, 860 Straßenbaumnachpflanzungen, 175 Nachpflanzungen in verschiedenen Straßenzügen, Plätzen und Friedhöfen sowie Planungen für die Waldbereiche des Schlossparks Benrath.

Der Rat nahm mit Dank eine **Geldspende** der Metro AG in Höhe von 50.000 Euro für die Verpflegung der Einsatzkräfte bei der Beseitigung der Sturmschäden nach dem Orkan Ela an.

Einstimmig beauftragte der Rat die Verwaltung, eine **Bewerbung für den 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag 2017** abzugeben und ermächtigte dem Kämmerer, für die Ausrichtung Finanzmittel bis zu einer Höhe von 350.000 Euro bereit zu stellen.

Der Rat beschloss einstimmig die **Einführung der Ehrenamtskarte NRW** und beauftragte die Verwaltung mit der Umsetzung. Ein Ergänzungsantrag der CDU (Sachstandsbericht über Vergünstigungen, Kosten, Nutzung der städtischen Vergünstigungen, Abfrage der Postzeitzahlen des Wohnortes der Karteninhaber) fand keine Mehrheit.

Der Rat beschloss (gegen FDP, Linke, 5 Grüne, Enthaltung 5 Grüne) die Umbenennung von Teilen des Jan-Wellem-Platzes in **Joachim-Erwin-Platz**. Über den Antrag der FDP, den Platz vor den Bilker Arcaden in Joachim-Erwin-Platz umzubenennen, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Der Rat beschloss eine Änderung der seit 1956 gültigen Benutzungsordnung für das **Dumont-Lindemann-Archiv** im Theatermuseum.

Personalien

Der Rat bestellte auf Vorschlag des Integrationsrates Obojah Adu (SPD Intern. Liste) als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss, Stellvertreter Iljo Skangalov (Intern. Bürgerunion).

Bauen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung für das Projekt

- **Klärwerk Nord, Automatisierung Schlammbehandlung.** Die Anlagentechnik aus den Jahren 1966 und 1975 ist uneffizient und überaltert. Da die gesamte Schlammabreinigung umgebaut werden muss, ist eine Bauzeit von 2019 bis 2025 geplant. Die vorläufigen Kosten werden mit 21,4 Mio Euro veranschlagt.

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung des folgenden Projektes:

- **Sportanlage Diepenstraße – Neubau Hockeyplatz.** Das Rasenspielfeld soll durch ein Kunststoffrasenspielfeld ersetzt werden. Der Baum- und Gehölzstreifen entlang der südlichen Grenze wird komplett gerodet, der Außenzaun entlang der Düssel wird abgebrochen und 8m in das Grundstück eingerückt, sodass die Trasse der vorhandenen Ferngasleitung sodann außerhalb der Sportanlage liegt. Das Hockeyfeld erhält eine Unterflurberegnungsanlage mit 8 Weitwurfregnern am Spielfeldrand. Die Kosten belaufen sich auf 1,02 Mio Euro, der Bau ist für das 3. bis 4. Quartal 2015 geplant, Bauzeit 5-6 Monate.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer